



klima:bewusst – klima:aktiv **Österreich muss handeln!**

Sehr geehrter Herr Bundesminister,
Sehr geehrte Damen und Herren,

„klima:bewusst – klima:aktiv“, unter diesem Motto werden Sie in den nächsten eineinhalb Tagen viele hochrangige RednerInnen zu den zahlreichen Facetten eines nachhaltigen Klimaschutzes referieren hören. Erlauben Sie mir zuvor noch ein paar generelle Gedanken zur aktuellen Situation des Klimaschutzes in Österreich – und einen Blick über den Tellerrand hinaus. Denn: Klimaschutz kennt keine Grenzen!

Globaler Klimaschutz braucht Leadership

Die aktuellen Daten des „Kyoto-Fortschrittsbericht Österreich 2004“ des Umweltbundesamtes zeichnen ein ernüchterndes Bild hinsichtlich der Erreichung des für Österreich verbindlichen Klimaschutzzieles. Die bis heute gesetzten Maßnahmen waren hinsichtlich der angestrebten Trendumkehr nicht wirkungsvoll genug. Im Gegenteil: Die Treibhausgasemissionen sind in den letzten Jahren weiter angestiegen. Österreich ist damit weiter denn je davon entfernt, das vom damaligen Umweltminister Dr. Martin Bartenstein für Österreich in Kyoto verhandelte Klimaschutzziel zu erreichen.

In diesem Moment hinken wir ÖsterreicherInnen über 20% hinter dem zu erreichenden Kyoto-Ziel hinterher. Im Verkehrssektor sind die Emissionen seit 1990 um ganze 2/3 angewachsen – allein im Vorjahr gab es einen Anstieg von 10%.

Österreich hat die Vorreiterschaft in Sachen Klimaschutz der 90er-Jahre längst verspielt. Und Musterschüler – wie dies gerade im Zusammenhang mit dem Emissionshandel von der Industrie des öfteren kolportiert wurde – sind wir ebenfalls schon lange nicht mehr. Leider ist Österreich mit seinem Versäumnis nicht allein. Auch die meisten anderen Mitgliedsländer der EU lassen ein entsprechendes Engagement vermissen. Kyoto – und die dort geschlossene Vereinbarung – wird zunehmend ausgehöhlt und mehr und mehr zu dem, wovon wir bereits genug haben: zu heißer Luft!

Denn nichts hat sich seit der Kyoto-Konferenz im Jahre 1997 zum Besseren gewendet. Im Gegenteil: Der globale Anstieg der Treibhausgase in der Atmosphäre geht ungebremst weiter. Katastrophen, ausgelöst durch immer exzessivere meteorologische Phänomene – von orkanartigen Stürmen und Regenfällen bis hin zu Dürreereignissen, wie sie die Welt noch nie gesehen hat – verursachen unfassbares menschliches Leid und sind schon lange auch in volkswirtschaftlichen Kategorien keine vernachlässigbare Größe mehr. Sie alle kennen die Zahlen: weniger als 1/4 der Weltbevölkerung verursacht gegenwärtig mehr als 2/3 des weltweiten CO₂-Ausstoßes.

Europa muss zu seiner Verantwortung stehen

Jede Steigerung der wirtschaftlichen Entwicklung in den sogenannten ökonomischen Schwellen- und Entwicklungsländern, die nach dem gleichen Muster funktioniert wie in den entwickelten Ländern des Westens, bedeutet gleichzeitig eine Ankurbelung der globalen Treibhausbilanz. Als im Jahr 1997 die Vertragsstaatenkonferenz in Kyoto einen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag vorgelegt hat – leider haben bis heute noch nicht ausreichend Staaten das Protokoll ratifiziert – waren wir im globalen Klimaschutz viel weiter als jetzt. Die Staatengemeinschaft wollte ihrer Verantwortung zumindest teilweise nachkommen. Leider scheint nun eine kollektive Verdrängung innerhalb der „entwickelten Länder“ zugunsten kurzfristiger wirtschaftlicher „Erfolge“ Platz zu greifen – auch in Österreich. Oder wie ist es sonst zu interpretieren, dass jetzt auch heimische Unternehmen laut über eine Verlagerung ihrer Produktion in andere Regionen dieser Erde nachdenken, weil genau dort nämlich keine oder geringere Klimaschutzmaßnahmen zu leisten sind. Ich frage Sie, meine Damen und Herren, wo bleibt hier die gesellschaftliche Verantwortung, wo bleibt die Umsetzung der Bekenntnisse und Taten, die in den immer zahlreicher erscheinenden Hochglanzbroschüren kolportiert werden?

Corporate Social Responsibility, Corporate Governance, Nachhaltigkeit in der Wirtschaft: Sind das alles nur Luftburgen, die sofort zerplatzen, wenn der Unternehmensgewinn darunter zu leiden droht? Wir vom Umweltdachverband hoffen, dass dem nicht so ist und dass sich auch die Wirtschaft ihrer Verantwortung bewusst ist.

Allerdings ist die Wirtschaft in dieser Frage bei weitem nicht alleine verantwortlich. Klimaschutz geht uns alle an: Von der Einzelperson bis hin zum globalen Wirtschaftsunternehmen.

Auch wir ÖsterreicherInnen sind gefordert, in den kommenden Jahren entscheidende Weichenstellungen in Richtung „mehr Klimaschutz“ vorzunehmen, klima:bewusst zu handeln und klima:aktiv zu werden. Denn je länger wir zuwarten, desto geringer werden die diesbezüglichen Handlungsspielräume und umso teurer die notwendigen Kompensationsmaßnahmen sein.

Österreichische Wissenschaftler von der Universität für Bodenkultur haben eindrücklich nachgewiesen, dass es in unserem Land in den letzten 150 Jahren zu einem Temperaturanstieg von + 1,8°C gekommen ist – das ist dreimal so hoch wie der weltweite Durchschnitt. Der Klimawandel ist also bei uns folgenschwerer als wir uns das alle bisher eingestehen wollten. Mit all seinen negativen Folgen für den ökologisch sensiblen Alpenraum und seine Bevölkerung.

Nachhaltiger Klimaschutz hat Vorrang!

Deshalb hat für den Umweltdachverband die rasche und ambitionierte Umsetzung der österreichischen Klimastrategie oberste Priorität. Wir fordern die Bundesregierung auf, folgende Punkte eines nachhaltigen Klimaschutzes entsprechend umzusetzen und diesbezüglich vorhandene Versäumnisse zu korrigieren:

1. ÖKOLOGISIERUNG DES STEUERSYSTEMS

Österreich liegt bei der Besteuerung des Wirtschaftsfaktors Arbeit im weltweiten Spitzenfeld. Fossile Energie ist vergleichsweise günstig. Die kommende Steuerreform hat die Chance zur Ökologisierung des Steuersystems in Österreich versäumt und damit einem ernst gemeinten Klimaschutz wesentliche Mechanismen genommen. Die Senkung der Körperschaftssteuer hat keine diesbezügliche Lenkungswirkung.

Um das heimische Klimaschutzziel bis 2010 zu erreichen, ist eine weitere Ökologisierung des Steuersystems unabdingbar und darf nicht länger aufgeschoben werden!

2. EINSTELLUNG ALLER KLIMASCHÄDIGENDEN FÖRDERUNGEN UND SUBVENTIONEN

Nachhaltige Entwicklung benötigt klare politische Leitlinien, speziell im Zusammenhang mit Investitionen der öffentlichen Hand.

- Vorbildfunktion der öffentlichen Hand.
- Konsequente Förderung von nachhaltigen Investitionen.
- Einstellen aller klimaschädigenden Förderungen und Subventionen.

3. KLIMAVERANTWORTUNG IN DER VERKEHRSPOLITIK

Seit 1990 sind die Emissionen durch den Verkehr um mehr als 60% angestiegen. Der PKW-Bestand hat sich seit 1990 um ein Drittel erhöht, die Zahl der gefahrenen PKW-Kilometer ist um 68% angestiegen. Noch dramatischer ist die Entwicklung beim LKW-Verkehr: Die Zahl der LKWs ist seit 1990 um 22% angestiegen, und die zurückgelegten LKW-Kilometer haben um 125% zugenommen!

- Einführung einer kilometerabhängigen PKW-Maut.
- Rasche Umsetzung der flächendeckenden LKW-Maut.
- Teilweise Umschichtung der Mauteinnahmen für die öffentlichen Verkehrsmittel und für die Sanierung von Umweltschäden (z.B. Schutzwald) – Einsatz für Aufnahme dieser Bestimmung in die Wegekostenrichtlinie der EU.
- Beendigung aller steuerlichen Benachteiligungen der öffentlichen Verkehrsmittel (Infrastrukturbenützungsentgelt) UND Bevorzugung des öffentlichen Schienenverkehrs gegenüber dem Straßengüterverkehr.
- Gleiche Besteuerung von Benzin- und Dieseltreibstoff.
- Initiative für internationalen Abbau von Steuer- und Haftungs-Privilegien im Flugverkehr.
- EU-Initiative für Kerosinbesteuerung.
- Kurze Wege statt neue Straßen – „klimaverträgliche Raumplanung“ (keine Einkaufszentren am Stadtrand, Einrichtung eines Mobilitätsplans, Nutzungsdurchmischung von Wohn-, Freizeit- und Gewerbeanlagen, etc.).
- Österreichweite Umrüstung der öffentlichen Busse auf Alternativtreibstoffe.
- Förderung von Mobilitätszentralen im ländlichen wenig besiedelten Raum.
- Förderung von Breitband-Technologie (Internet mit hoher Übertragungs-Dichte) in ländlichen Regionen.

4. ENERGIEWENDE

Die Energieüberkapazitäten innerhalb Europas sind im Abnehmen begriffen. Die sukzessive Schließung von Atomkraftwerken in Europa steht an. Eine Wende in der europäischen Energiepolitik erscheint aber nur dann möglich, wenn die Weichenstellung in Richtung bessere Energieeffizienz und die Stärkung der erneuerbaren Energieträger gelingt. Österreich hat sich mit der EU-Richtlinie zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen (2001/77/EG) vertraglich festgelegt, bis 2008 diese Stromproduktion um ca. 8% zu steigern. Allerdings nimmt der nationale Bruttostromverbrauch zu – zuletzt im Durchschnitt jährlich um über 2%; was dazu führt, dass der absolute Anteil der Erneuerbaren entgegen dem Vorsatz weiter abnimmt.

- Stärkung eines geänderten Benutzerverhaltens durch gezielte Aufklärungs- und Bildungskampagnen im Bereich Energieeinsparung.
- Beibehaltung und Verbesserung (Photovoltaik, ökonomische Effizienz) der bundesweiten Förderrichtlinien im Sinne des Ökostromgesetzes.
- Mehr Finanzmittel für einen effizienten Ausbau der Erneuerbaren.
- Befreiung von Ökostrom von der Energieabgabe und Abbau der Steuerprivilegien für fossile Energieträger.
- Vorrang für erneuerbare Energie in öffentlichen Gebäuden (Photovoltaik, Solar,...).
- Mehr Forschungsgelder im Bereich Erneuerbare Energien (z.B. Brennstoffzellentechnologie).
- Solaroffensive in Zusammenhang mit der Wohnbauförderung.
- Bevorzugter Netzzugang für erneuerbare Energie.
- Substitutionsprogramm für Elektroheizungen.

5. KLIMAFREUNDLICHE HAUSHALTE

Hauptverursacher der Emissionen in den privaten Haushalten ist der nach wie vor hohe Einsatz von fossilen Energieträgern zur Raumwärmegewinnung. 77 % des Energiebedarfs privater Haushalte sind durch den Heizwärmebedarf bedingt. Erste Erfolge der geförderten Sanierungstätigkeit (Stichwort Wohnbauförderung, Contracting) sind bereits zu verzeichnen. Die Treibhausemissionen konnten ungefähr auf dem Niveau der Werte von 1990 gehalten werden. Es besteht allerdings noch ein enormes Einsparungspotential bei der thermischen Sanierung von Altbauten. Das gesamte Reduktionspotential liegt bei rund 4 Mio. Tonnen. Da in Österreich (private) Investitionen und Investitionsvolumen im Bereich Wohnbau und Wohnbausanierung mit der Wohnbauförderung eng verknüpft sind,

ist es dringend erforderlich die Vergaberichtlinien bei der Wohnbauförderung neu zu überdenken und abzuändern.

- Harmonisierung der Wohnbauförderung zwischen den Bundesländern gemäß 15a B-VG bei gleichzeitiger Verlagerung des Förderungsschwerpunktes auf thermische Altbausanierung.
- Österreichweite Mindeststandards für die Sanierung von Altbauten bezüglich Heizungsanlagen und Energieeinsparung.
- Verpflichtende Energiesparberatungen vor Baubeginn bei wohnbaugeförderten Bauten.

Da die Wohnbauförderung nicht alle Wohnbauten betrifft, ist auch eine Reform und vor allem auch Harmonisierung der Bestimmungen des Baurechts (Bauordnung, Bautechnikverordnung) auf Klimaschutzverträglichkeit umzusetzen.

- Rasche Einführung und Umsetzung des Energieausweises mit österreichweiten klimafreundlichen Mindeststandards (U-Werte) für Neubauten und Sanierungen von Altbauten.
- Forcierung des verdichteten Wohnbaus bei der Neuerrichtung von Gebäuden (Ortskernbelebung) und die Förderung solarorientierten Bauens.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine spannende Tagung.

Zur Information:

„Umweltdachverband zur österreichischen Klimapolitik“, Download (pdf-Datei):
<http://www.umweltdachverband.at/service/presse/index.htm>

Wien, 6. Mai 2004